

Gliederung

	Abkürzungsverzeichnis	IX
	Schrifttumsverzeichnis	XIII
A.	Gegenstand und Relevanz der Untersuchung	1
B.	Das Tarifvertragsrecht in Deutschland vor der Tarifvertragsverordnung	7
I.	Die Gründe für die Notwendigkeit von Tarifverträgen	8
II.	Die Ursprünge des Tarifvertragswesens	9
III.	Unabdingbarkeitsprinzip und Tarifvertragsrecht unter dem Einfluß der Entwicklung der Arbeiterkoalitionen	11
IV.	Die geistigen Grundlagen der Tarifvertragsverordnung	17
1.	Die rechtliche Einordnung des Tarifvertrages	18
a)	Der Tarifvertrag als Koalition?	18
b)	Die positive Definition des Tarifvertrages	19
2.	Die Frage der Rechtswirkungen des Inhalts des Tarifvertrages auf die Einzelarbeitsverträge	21
a)	Der persönliche Geltungsbereich des Tarifvertrages	21
aa)	Die Vertretungstheorie	21
bb)	Die Verbandstheorie	23
cc)	Die Kombinationstheorie	24
b)	Die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages	25
aa)	Die Theorie von der Unabdingbarkeitswirkung des Tarifvertrages	26

bb)	Die ablehnenden Auffassungen	27
c)	Günstigkeitsprinzip und tarifliche Öffnungsklauseln	30
V.	Zusammenfassung	33
C.	Das Tarifvertragsrecht der Weimarer Republik	34
I.	Die Weimarer Reichsverfassung	35
1.	Die Entstehung der Reichsverfassung	35
a)	Das Reich wird Republik	35
b)	Die Entscheidung gegen die Rätediktatur	40
aa)	Der "Ebert-Groener Pakt"	42
bb)	Die "Magna Charta" des Sozialstaates	43
cc)	Die Zentralarbeitsgemeinschaft	43
dd)	Der Reichsrätekongreß	45
c)	Die Entscheidung für die parlamentarische Demokratie	46
aa)	Die Situation zu Beginn der Verfassungsberatungen	46
bb)	Die Beratungen in der Nationalversammlung	48
2.	Die für das Tarifvertragsrecht maßgeblichen Normen der Weimarer Reichsverfassung	50
a)	Art. 157 Reichsverfassung	50
b)	Art. 159 Reichsverfassung	52
aa)	Die positive Koalitionsfreiheit	53
bb)	Die negative Koalitionsfreiheit	55
cc)	Der Schutz der Koalitionen	56
c)	Art. 165 Reichsverfassung	58

3.	Die verfassungsrechtliche Absicherung des Unabdingbarkeitsprinzips in der Reichsverfassung	63
II.	Die Tarifvertragsverordnung	66
1.	Die historische Bedeutung der Entscheidung für die Tarifvertragsverordnung	66
2.	Der Inhalt der Tarifvertragsverordnung	67
a)	Die Unabdingbarkeit	67
aa)	Die Wirkung des Unabdingbarkeitsgrundsatzes	67
bb)	Die Voraussetzungen der Unabdingbarkeitswirkung	69
(1)	Der persönliche Geltungsbereich	70
(2)	Der zeitliche Geltungsbereich	71
(a)	Die Rückwirkung der Unabdingbarkeit	72
(b)	Die Nachwirkung der Unabdingbarkeit	74
(aa)	Die Nachwirkungslehre	74
(bb)	Die ablehnende Auffassung	76
(3)	Der räumliche Geltungsbereich	78
cc)	Die Anwendbarkeit der Unabdingbarkeit auf die verschiedenen Arten von Tarifnormen	78
(1)	Die positiven Inhaltsnormen	81
(a)	Die Unabdingbarkeit bei Arbeitnehmerschutznormen	81
(b)	Die Unabdingbarkeit bei Organisationsnormen	84
(2)	Die negativen Inhaltsnormen	86
(a)	Das tarifliche Überstundenverbot	90
(b)	Das tariflichen Konkurrenzverbot	90

(c)	Das tarifliche Heimarbeitsverbot	91
(3)	Die negativen Abschlußnormen	92
(4)	Die positiven Abschlußnormen	94
b)	Die Ausnahmen von der Unabdingbarkeit	95
aa)	Die Öffnungsklauseln	96
bb)	Das Günstigkeitsprinzip	97
(1)	Der Gegenstand des Günstigkeitsvergleichs	98
(2)	Kollektiver oder individueller Günstigkeitsmaßstab?	99
(a)	Die Auffassung vom kollektiven Günstigkeitsmaßstab	99
(aa)	Die einzelvertragliche Verlängerung der im Tarifvertrag festgelegten Höchstarbeitszeit	101
(bb)	Die einzelvertragliche Unterschreitung der Tariflöhne	103
(1')	Zulässigkeit der Tariflohnunterschreitung	103
(2')	Unzulässigkeit der Tariflohnunterschreitung	105
(cc)	Die einzelvertragliche Verkürzung der tarifvertraglich festgelegten Arbeitszeit	107
(b)	Nipperdeys Auffassung vom individuellen Günstigkeitsmaßstab	108
(aa)	Die einzelvertragliche Verlängerung der im Tarifvertrag festgelegten Höchstarbeitszeit	109
(bb)	Die einzelvertragliche Unterschreitung der Tariflöhne	110
(c)	Vermittelnde Auffassung	111
(3)	Objektiver oder subjektiver Günstigkeitsmaßstab?	113
(a)	Vorrang des subjektiven Günstigkeitsmaßstabs	113

(b)	Vorrang des objektiven Günstigkeitsmaßstabs	115
cc)	Der Verzicht auf den Tariflohn	116
(1)	Zulässigkeit des individuellen Verzichts auf den Tariflohn	116
(2)	Unzulässigkeit des individuellen Verzichts auf den Tariflohn	119
III.	Der Entwurf eines Arbeitstarifgesetzes	121
IV.	Das Notverordnungsrecht	125
1.	Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Weimarer Republik	127
a)	"Kapp-Putsch" und Inflation	127
b)	Die "goldenen Zwanziger"	128
c)	Die Präsidialkabinette	131
aa)	Reichskanzler Heinrich Brüning	132
bb)	Reichskanzler Franz von Papen	134
cc)	Reichskanzler Kurt von Schleicher	137
2.	Die Haltung der gesellschaftlichen Kräfte	139
a)	Die Republik ohne Republikaner	139
b)	Das Arbeitgeberlager	140
c)	Die Gewerkschaften	143
3.	Die Notverordnungen der Kabinette Brüning	147
a)	Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juni 1930	147
b)	Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930	147
c)	Die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931	149

d)	Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auszahlung von Dienstbezügen und die Dietramszeller Verordnung	152
e)	Die dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931	153
f)	Die vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931	154
4.	Die Notverordnungen des Kabinetts Papen	158
a)	Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932	158
b)	Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932	160
aa)	Die Tariflohnunterschreitung bei Vermehrung der Arbeitnehmerzahl	161
bb)	Das Recht zur Tariflohnunterschreitung zur Erhaltung gefährdeter Betriebe	165
cc)	Die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit	166
(1)	Das Urteil des Reichsarbeitsgerichtes vom 12. November 1932	167
(2)	Die Stellungnahmen in der arbeitsrechtlichen Literatur zur Verfassungsmäßigkeit der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit	170
(a)	Verfassungsmäßigkeit der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit	170
(b)	Verfassungswidrigkeit der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit	173
dd)	Das Verhältnis zwischen Tarifvertrag und Arbeitsvertrag vor dem Hintergrund des Lohnkürzungsrechts	175

(1)	Die Lohnreduzierung als Einrede des Arbeitgebers gegen die Lohnforderung des Arbeitnehmers	176
(2)	Die Lohnkürzung als Änderung des Tarifvertrages	179
(3)	Die Lohnkürzung als Änderung der Tarifwirkung	181
(4)	Die Tariflohnreduzierung als Änderung des Tarifrechts	182
ee)	Die Verordnung über die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 14. Dezember 1931	184
V.	Zusammenfassung	185
D.	Die Unabdingbarkeit und das Günstigkeitsprinzip bei der Schaffung des Tarifvertragsgesetzes	188
E.	Die Konsequenzen aus der Geschichte des Unabdingbarkeitsgrundsatzes und des Günstigkeitsprinzips	190
I.	Die verfassungsrechtliche Absicherung des Unabdingbarkeitsgrundsatzes durch das Grundgesetz	190
1.	Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	191
2.	Die Auffassung Säckers	194
3.	Die Vorschläge des Kronberger Kreises und des Jahrestagsberichts 1987/1988 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	196
4.	Stellungnahme	197
II.	Die einzelvertragliche Flexibilisierung des Tariflohnes und der tariflichen Arbeitszeit	202
1.	Die herrschende Meinung	202
a)	Der Günstigkeitsvergleich bei negativen Inhalten	202

b)	Kollektiver oder individueller Günstigkeitsmaßstab?	203
c)	Objektiver oder subjektiver Günstigkeitsmaßstab?	204
d)	Der Gegenstand des Günstigkeitsvergleichs	207
aa)	Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg	207
bb)	Die Auffassung in der Literatur	209
2.	Neue Ansätze zur einzelvertraglichen Flexibilisierung des Tariflohnes und der tarifvertraglichen Arbeitszeit	211
a)	Die Auffassung von Joost	211
b)	Die Auffassung Buchners	217
c)	Die Auffassung Adomeits	221
d)	Die Auffassung von Löwisch	223
e)	Die Auffassung von Däubler	224
3.	Stellungnahme	225
a)	Der Günstigkeitsvergleich bei negativen Inhaltsnormen	226
b)	Kollektiver oder individueller Günstigkeitsmaßstab?	231
c)	Objektiver oder subjektiver Günstigkeitsmaßstab?	233
aa)	Schutz des Arbeitnehmers vor sich selbst?	236
bb)	Einzelvertragliche Verlängerung der tariflichen Arbeitszeit als zusätzliche Dispositionsmöglichkeit?	240
d)	Der Gegenstand des Günstigkeitsvergleichs	245
F.	Zusammenfassung	249